

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behördenlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig.**  
Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Geispalt, Kolonelle 35 Pfg., bei Wapvorkräft 40 Pfg., Stellenangebote 10 Geisp. Kolonelle 25 Pfg., Familiennachrichten von Verleuten die 10 Geisp. Kolonelle mit 50% Nachl. Reflameseile 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10 Geisp. Kolonelle 40 Pfg., bei Wapvorkräft 50 Pfg., Reflameseile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

### Unternehmerblock für Sozialreaktion

In den nächsten Tagen, sicher aber in den nächsten Wochen, wird über die Zusammenziehung der künftigen Regierung entschieden werden. Es ist deshalb an der Zeit, Erinnerungen an die Umstände wieder zu erwecken, unter denen das letzte mal die Sozialdemokratie sich mit bürgerlichen Parteien zur Großen Koalition zusammengeschlossen hat. Eine längst in Vergessenheit geratene Veröffentlichung, die im Auftrage der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingeholten Sachverständigen-Ausschüssen (der späteren Dawes-Kommission) eingereichte Denkschrift „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, enthält folgenden denkwürdigen Satz:

„Als im Sommer 1923 unter der Wirkung des Ruhrkampfes die Last der Inflation immer drückender wurde, erzwangen auch die Lohnempfänger den Uebergang zum Indexlohn, um der Schäbigung durch die Geldentwertung zu entgehen. Von diesem Zeitpunkt an war niemand mehr da, auf den die Last der Inflation, d. h. der durch sie verursachte Substanzverlust, abgewälzt werden konnte. Infolgedessen übertrugen sich jetzt immer neue Wellen der Geldentwertung, bis der innere Verkehr schließlich die Mark auch als Zahlungsmittel zurückwies und die deutsche Wirtschaft über kein Zahlungsmittel mehr verfügte.“

Aus der Feststellung, daß die Inflation beendet werden mußte, als sich niemand mehr fand, auf den sie mit Erfolg abgewälzt werden konnte, ergibt sich die logische Folgerung, daß sie bis dahin mit Erfolg abgewälzt worden war, daß es also in Wirklichkeit gar keinen Substanzverlust gegeben hatte, jedenfalls nicht bei denen, zu deren Gunsten, sondern nur bei denen, auf deren Kosten die Abwälzung erfolgt ist. Wer die Opfer dieser Abwälzung waren, sagt die Denkschrift auf der nächsten Seite, wo es heißt:

„Die Kaufkraft des gelehrten Arbeiters betrug im Reichsdurchschnitt des Monats September nur noch 60 Prozent der Vorkriegszeit. In den Großstädten, wo sich die Wirkung der Geldentwertung auf die Preise schneller durchsetzte, war der Reallohn zum Teil bis auf 30 Prozent gefallen. Bis Ende Oktober haben sich dann die Lohnverhältnisse außerordentlich verschlechtert. . . Die Mittelschichten der Bevölkerung sind zum Teil noch schwerer betroffen worden. . . Kapital und Renten dieser Schichten sind durch die Geldentwertung vollkommen aufgezehrt worden.“

Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung konnte zwar nicht verhindern, daß der Arbeiter mit einem Bruchteil vom Werte seiner Arbeitskraft entlohnt und der Mittelstand völlig ausgepowert aus den Schrednissen der Inflation hervorging. Die Opfer der Inflation wurden zwar nicht von ihren Folgen, aber ihre großkapitalistischen Kugeln von der Verantwortung gelöst, weil die Sozialdemokratie sie ihnen freiwillig abgenommen hatte. Die kurze Zeit der Regierungsbeteiligung ist der Arbeiterschaft nicht ökonomisch und der Sozialdemokratie nicht politisch zum Vorteil geblieben. Zweifellos war es, wenn auch aus gänzlich verschiedenen Motiven, das gemeinsame Interesse beider Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, daß der Inflation ein Ende bereitet werde. Auf der einen Seite war es aber aus dem Bedürfnis geboren, Riesengewinne zu sichern, auf der anderen Seite, einer unerträglichen Not ein Ende zu bereiten.

Seitdem ist die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung gewesen. In dieser Zeit hat der deutsche Kapitalismus seine Organisation und Umorganisation in einem erstaunlichen Tempo und in einem nicht minder erstaunlichen Ausmaß vorgenommen. Nach der amtlichen Statistik sind etwa zwei Drittel aller deutschen Aktiengesellschaften in Konzern zusammengefaßt; in Wirklichkeit sind es wahrscheinlich weit mehr. Das sind jedoch nur die Konzerne, noch nicht die Verbände. Es gibt wohl kaum ein Unternehmen in Deutschland, das nicht mindestens einem Kartell angehört. Damit ist der Konkurrenzkampf zwar im nationalen Maßstab nicht und noch weniger im internationalen beseitigt. Aber der Masse der Werktätigen als Verbraucher und Erzeuger steht die geschlossene Front der Kapitalisten gegenüber, die mit möglichst hohen Preisen und möglichst niedrigen Löhnen sich die Mittel beschaffen möchten, um der „Wirtschaft“ die alte Weltgeltung wilhelminischen Ansehens zu verschaffen.

In welchem Maße das bereits gelungen ist, dafür legen folgende Angaben aus einem Bericht der Disconto-Gesellschaft Zeugnis ab. Sie macht darin die selbstbewußte Feststellung, „daß die Auslandsanleihen im Jahre 1927 doch nur schätzungsweise ein Fünftel bis ein Sechstel der gesamten inneren Kapitalbildung Deutschlands in ihren verschiedensten Formen ausmachen. Ohne Reparationsbelastung wären wir heute auf die Kapitalhilfe des Auslandes nicht mehr angewiesen“. Sie macht dann eine Statistik über die Kapitalbeschaffung in Deutschland auf:

	in Millionen Mark	
	Jahr 1927	1. Quart. 1928
<b>aus dem Auslande:</b>		
Kapitalbeschaffung in Form von Auslandsanleihen . . . . .	1570	350
<b>aus dem Inlande:</b>		
Kapitalbeschaffung in Form von Inlandsanleihen . . . . .	1000	410

## Es brodelt auf dem Balkan . . .

### Straßenschlacht in Belgrad

#### Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten

III Belgrad, 30. Mai.

Am heutigen Mittwochabend kam es in Belgrad zu neuen italienfeindlichen Kundgebungen, die gefährliche Ausmaße annahmen und zu einer förmlichen Schlacht zwischen Demonstranten und der Polizei ausarteten, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

Am Corso, vor dem größten Hotel der Stadt, versuchten in der neunten Abendstunde berittene Gendarmen die Menge auseinanderzutreiben. Dabei wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Etwas später versammelten sich mehrere hundert Demonstranten erneut und schleppten aus dem Hotel Tische, Sessel und andere Möbelstücke ins Freie, um sich hinter ihnen zu verbarricadieren und die Straße zu sperren. Als berittene Polizei heranzückte, griffen die Studenten die Polizisten mit Steinwürfen an. Dabei wurden außer einem Polizeioffizier vier Polizisten verwundet. Vier Studenten erlitten schwere Verwundungen, über 20 Studenten wurden leichter verletzt. Den Demonstranten gelang es, die Gendarmen zurückzudrängen. In Gemeinschaft mit Straßenpassanten befestigten darauf die Studenten die Barrikaden, bis kurz nach 9 Uhr ein verstärktes Aufgebot der berittenen Polizei erschien, das unter dem Steinhagel der Menge eine Attacke gegen die Barrikaden ritt. Die Demonstranten verließen schließlich fluchtartig den Schauplatz des Kampfes. Dabei kamen viele unter die Pferde der Polizei und erlitten Verletzungen. Alle Fensterscheiben des Hotelrestaurants wurden zertrümmert. Auch ein Straßenbahnwagen ist demoliert worden. Die Demonstrationen sind noch nicht beendet.

### Barrikaden

SPD Berlin, 31. Mai. (Radio.)

In Belgrad ist es am Mittwochabend nach neuen Demonstrationen zu einer schweren Barrikadenschlacht zwischen Demonstranten und Polizei gekommen, bei der es über 30 Schwerverletzte auf beiden Seiten gab. Die Studenten, die von der Polizei auseinandergetrieben werden sollten, bauten aus den Einrichtungsgegenständen eines Cafés Barrikaden, gegen die die Polizei mit zwei scharfen Salven vorging. Auch an anderen Stellen der Stadt wurde von der Polizei scharf geschossen. Als es einem Abgeordneten nicht gelang, die Studenten zum Auseinandergehen zu bewegen, rief die Polizei schließlich die Feuerwehr zu Hilfe, die mit schweren Motorspritzen die Demonstranten zerstreute.

Kapitalbeschaffung in Aktienform . . . . .	1200	180
Kapitalbeschaffung in Pfandbriefform 1150		480
Zunahme der Sparkasseneinlagen . . . . .	1580	820
Zunahme der Kreditoren von 7 Ver- siner Großbanken . . . . .	1500	340

Man höre und staune: Demselben deutschen Kapitalismus, der noch vor wenigen Jahren einer der an Geldkapital reichsten der Welt war, demselben deutschen Kapitalismus, den jede Lohnverhöhung nach seiner Behauptung in den Grundfesten erschüttert, ist es in drei Jahren gelungen, sich so vollständig vom Auslandskapital unabhängig zu machen, daß nach Aussage der Disconto-Gesellschaft die Auslandsanleihen heute nicht viel mehr als „Spitzenbeträge“ bedeuten. Sie gibt überdies selbst zu, daß in ihrer Berechnung wichtige Posten fehlen.

„Es kommt die Ansammlung von Ueberschüssen in der Hand der wirtschaftlichen Unternehmungen selber hinzu, die zahlreiche Betriebe in die Lage versetzt, sich ohne Inanspruchnahme des Finanz- und Geldmarktes selber zu finanzieren. Ein Teil der erzielten Gewinne bleibt unausgewiesen als arbeitendes Kapital im Betriebe oder wird in Vergrößerungen oder Verbesserungen der Erzeugungsanlagen investiert.“

Dabei übersteht die Disconto-Gesellschaft noch, neben den Ziffern der Kapitaleinfuhr auch die riesigen Beträge der Kapitalausfuhr zu erwähnen, ohne die die beträchtliche Ausfuhrsteigerung der letzten Zeit nicht möglich gewesen wäre. Das ist der „Erfolg“ einer rückwärtslosen Ausnutzung der Monopolmacht. Ohne sie wäre es nicht möglich gewesen, Millionen Arbeitskräfte brach zu legen und zugleich die Arbeitsanspannung der im Betrieb Verbliebenen auf die äußerste zu steigern. Der Erfolg der sogenannten Rationalisierung war nur möglich durch eine zweifache Ausbeutung der wertaktigen Massen, einmal als Erzeuger und dann noch

### Antitalienische Kundgebungen in vielen Städten

SPD Berlin, 31. Mai. (Radio.)

In Belgrad haben sich die antischaistische Demonstrationen wiederholt. Im Nationaltheater gastierte die französische Opera Comite. Das Publikum demonstrierte für Frankreich und gegen Italien. Häufig wurden Rufe laut: Nieder mit Mussolini, es lebe Frankreich. Außenminister Marinowitsch entfernte sich sofort nach Beginn der Demonstrationen aus dem Theater.

In mehreren Städten Dalmatiens wurden gleichfalls neue antischaistische Demonstrationen veranstaltet. Die Polizei ließ von den Wänden der Häuser gegen Italien und Mussolini gerichtete Plakate entfernen. Besonders lärmend waren die Demonstrationen in Subotika, wo Univeritätslehrer einen Protestumzug veranstalteten. In Belgrad ist die Bevölkerung durch Plakate für den nächsten Sonntag, dem serbischen Pfingstfest, zu einer Protestversammlung aufgerufen worden. Es ist dort auch zu einer neuen großen Studentendemonstration gekommen, an der sich zahlreiche Bewohner der Stadt beteiligten.

### Italienische Protestnote

III Belgrad, 30. Mai.

Wie verlautet, hat der italienische Gesandte, General Borrero, am Mittwochnachmittag dem jugoslawischen Außenminister eine Protestnote wegen der italienfeindlichen Kundgebungen überreicht.

### England hinter Mussolini

III London, 30. Mai.

In einer Besprechung der italienischen Vorstellungen in Belgrad wegen der italenfeindlichen Unruhen in verschiedenen kroatischen und slowenischen Städten gibt der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph der Ansicht Ausdruck, daß die gegenwärtige Lage nicht so ernst sei, um einen Schritt seitens dritter Mächte oder des Völkerbundes zu rechtfertigen. Die italienische Regierung sei sich voll der Schwierigkeiten bewußt, mit denen die jugoslawische Regierung gegenüber den Kroaten und Slowenen zu kämpfen habe. Man verkenne in Rom auch nicht, daß der jugoslawische Außenminister und das gesamte Kabinett den guten Willen zeigen wollten, indem sie einen Druck auf die Ratifizierung der Nettuno-Verträge durch das jugoslawische Parlament ausübten. Es würde bedauerlich sein, wenn die jugoslawische Regierung den Widerstand von Ratsch nicht brechen könnte, da hierdurch auch die Aussichten auf Sicherung einer großen jugoslawischen Anleihe von 600 Millionen bis eine Milliarde Mark stark gefährdet würden. Die Ratifizierung der Nettuno-Verträge bilde eine Gewähr für die Erhaltung des politischen Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Adriatischen Meer. Wenn sich aber eine solche Stabilisierung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen als unmöglich erweisen würde, würde das englisch-amerikanische Bankensortiment sich aufgebende sehen, große Geldmittel für die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens aufzubringen.

einmal als Verbraucher vermöge der durch Schutzzölle gesicherten Monopolmacht der Trüste und Kartelle.

Daß die Masse der Arbeitenden das begriffen hat, zeigt die Stärkung der gewerkschaftlichen Kraft, die in den Arbeitskämpfen der letzten Monate, und die Stärkung der politischen Macht des Proletariats, die in dem Stimmenzuwachs der letzten Reichstagswahlen zum Ausdruck kommt, denn mit dem Ruf: Kampf gegen Teuerung und Ausbeutung hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf geführt und siegreich bestanden. Das Proletariat hat sehr wohl erkannt, daß die Republik der Sicherung nicht mehr bedarf, weil sich die vereinigten Großindustriellen, Großbankiers und Großgrundbesitzer in ihr kannibalisch wohlfühlen, daß es nicht mehr gilt, die Republik vor den Angriffen der Monarchisten, sondern die proletarische Lebenshaltung vor den Angriffen des republikanischen Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes zu schützen. Ist die Aussicht, daß Ausbeutung und Teuerung in Gemeinschaft mit dem Bürgertum bekämpft werden kann, seit 1923 größer geworden? Von der Beantwortung dieser Frage muß die Entscheidung abhängig gemacht werden, ob in Zukunft ohne Preisgabe proletarischer Interessen kann regiert werden.

Daß die Sozialdemokratie in der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, der Sicherung und Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung, dem entschlossenen Widerstand aller Unternehmerhichten gegenübersteht, also nicht nur der Parteien, die von den Deutschnationalen und der Volkspartei politisch vertreten werden, ist erst in den letzten Wochen und Tagen vor und nach der Wahl mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit offenbar geworden. Das halbstaatliche Monopol der Reichseisenbahngesellschaft hat sich mit der monopolistischen Schwerindustrie zu einem Frontalangriff auf die Sozialpolitik zusammengeschlossen. Die Erhöhung der Kohlenpreise ist mit Zustimmung der Bürgerblockregierung, die Erhöhung der Eisenpreise zwar mit ihrem Einverständnis vollzogen